

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bayerns Küftung zum Bürgerkrieg.

Proklamation der Vaterländischen Verbände.

München, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die zum sogenannten „Vaterländischen Kampfbund“ zusammengeschlossenen Wehrorganisationen „Oberland“, „Reichsflagge“ und die Sturmabteilungen Hitlers veröffentlichten am Freitag im „Völkischen Beobachter“ unter dem Datum vom „Deutschen Tag“ in Nürnberg eine programmatische Kundgebung. In dieser wird erklärt, das Ziel der drei Bünde sei das einer vaterländischen Kampfbewegung, nicht das einer Partei. Der Kampf um die Freiheit müsse geführt werden durch die nationale Selbsthilfe. Zu diesem Kampf wird aufgefordert und zugleich werden die Richtlinien für den künftigen Aufbau des Reiches, wie ihn die Kampfbünde sich denken, auf föderalistischer und christlicher Grundlage, gestützt auf die allgemeine Wehrpflicht, befestigt.

„Bayern an die Front.“

„Ruhe vor dem Sturm.“

München, 15. September. (Ll.) Der Verband vaterländischer Bezirksvereine München veranstaltete am Freitag abend im Sirkus Krone eine Mitgliederversammlung, die den großen Saal bis zum letzten Plog füllte. Anwesend waren u. a. Regierungspräsident Dr. v. Rahr, der frühere Polizeipräsident Böhrer, Staatsrat Dr. Reyer vom Justizministerium und verschiedene bekannte Persönlichkeiten. Die Reichswehr hatte zwei Vertreter geschickt, das Kommando der Landespolizei war ebenfalls vertreten. Als erster Redner begann Rechtsanwalt Dr. Hall seine Ausführungen mit einer scharfen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, die unermessliche Welle die Waffen aus der Hand geschlagen habe. Heute herrsche die Ruhe vor dem Sturm. Das Ziel aller vaterländisch Gesinnten heiße Befreiung des Landes von dem inneren Druck der sozialistischen Herrschaft und Freiheit des Vaterlandes vor der Fremdherrschaft. Wenn die rote Flut über Norddeutschland hereinbreche, dann müsse es heißen: Bayern an die Front, auch wenn die Regierung nicht möge. Entschieden ablehnend verhielt sich der Redner gegenüber der neuen Reichsregierung, der ein Radbruch und ein Hilferding angehöre. Dem Reichsfanzler Dr. Stresemann werde es nicht vergessen in Bayern, daß er für die Republikstufung gestimmt habe. Der Präsident des Verbandes der vaterländischen Bezirksvereine Bayerns, Prof. Bauer, erklärte, das Scheingebilde des Deutschen Reiches werde in kürzester Frist einstürzen. Wir brauchen die Taifache und zu der Taifache führt uns nur die Taf. Um einen Putsch handele es sich für uns überhaupt nicht, sondern um ein Großreinemachen, wenn der nahe Zusammensturz erfolgt ist. Sonst wolle nichts von einem Separatismus wissen, ein Separatismus, der mehr in norddeutschen als in bayerischen Gehirnen spüte. Als letzter Redner sagte Oberst v. Islander für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein, worauf Regierungspräsident Dr. v. Rahr noch einen warmen Appell an die Versammlung richtete, Gut und Blut für das Vaterland einzusetzen.

Die Herrschaften, die sich hier versammeln und politische Kannegießerei betreiben, sind ja schließlich immer dieselben und ihre Redereien werden durch die allzuhäufige Wiederholung nicht geistreicher und auch nicht interessanter. Wir haben nur eine Frage: Heute früh wurde der Aufruf des Reichswehrministers veröffentlicht, nach dem die Reichswehr keinerlei Verbindungen unterhalten soll, die auf den Umsturz hinführen. Wie verhält sich damit die von der U. behauptete Anwesenheit von Reichswehrdelegierten in einer Versammlung, die offenkundig die Vorbereitung des Hochverrats darstellt?

Das deutsche Pfandangebot.

Amlich wird mitgeteilt: Der „Temps“ hat trotz der präzisen und konkreten Angaben, die der Herr Reichsfanzler in seiner letzten Rede über sein Garantieangebot gemacht hat, doch den schon früher erhobenen Einwand wiederholt, daß dieses Angebot gegenüber den Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts eigentlich Neues bedeute. Er versucht das damit zu beweisen, daß nach § 12b der Anlage II zum Reparationskapitel des Vertrages das deutsche Steuerfesten ebenso schwer sein soll, wie das der alliierten Staaten, und daß nach Artikel 248 alle Einnahmen des Reiches vorzugsweise zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen zu verwenden sind. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß diese beiden Vertragsbestimmungen mit dem deutschen Vorschlag, der die Eintragung verzinslicher Hypotheken auf den privaten deutschen Grundbesitz und die Einbringung dieser Hypotheken in eine von den Alliierten mitzuverwaltende Treuhändergesellschaft vorsieht, in keiner Weise in Zusammenhang gebracht werden können. Der deutsche Vorschlag erschöpft sich keineswegs darin, die allgemeine Steuerkraft der deutschen Wirtschaft für Reparationszwecke zur Verfügung zu stellen. Vielmehr werden dabei konkrete Vermögensobjekte ihrer Substanz nach unmittelbar erfasst und in den Dienst der Reparationen gestellt.

Es handelt sich also um ein wirkliches, reales Pfand im Sinne des privaten Rechtes, das die Reparationszahlungen wirtschaftlich und rechtlich sichert und darüber hinaus durch die Liquidität der an die Treuhändergesellschaft abzuführenden Hypothekenzinsen unmittelbar die Möglichkeit von Zahlungen bietet. Es steht außer Zweifel, daß die Bestellung eines solchen Pfandes von den Alliierten weder auf Grund der angeführten noch auf Grund anderer Vertragsbestimmungen gefordert werden kann. Wie dem „Temps“ bekannt sein wird, hat sich auch die Reparationskommission im März d. J. gelegentlich der Ausgabe der deutschen Goldanleihe auf den Standpunkt gestellt, daß weder der § 12b noch der Artikel 248 den Alliierten

ein Recht auf Beschlagnahme oder dringliche Belastung einzelner deutscher Vermögensobjekte, und zwar nicht einmal einzelner Vermögensobjekte des Reiches, einräumt. Er kann also nicht ernstlich in Abrede stellen wollen, daß das deutsche Angebot einen ganz entscheidenden Schritt über den Versailler Vertrag hinaus bedeutet, daß es kein bloßes Versprechen darstellt, sondern daß es den immer wieder geäußerten französischen Wünschen nach realer Garantierung der Reparationszahlungen in vollstem Maße gerecht wird.

Die französischen Bedingungen.

Vor einer neuen Rede Poincarés.

Paris, 15. September. (M.B.) Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, wird Ministerpräsident Poincaré aus Anlaß der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun-sur-Meuse eine Rede halten. Er werde wahrscheinlich über die Bedingungen sprechen, unter denen Frankreich bereit sei, mit Deutschland zu verhandeln.

Entspannung in der Fiumefrage.

Triest, 15. September. (Ll.) Die Fiumefrage ist über den kritischen Punkt hinaus. Der italienische Geschäftsträger in Belgrad hat eine Einladung zu neuen Verhandlungen überbracht und die sübslawische Regierung ging darauf ein. Positiv hat in Paris von Poincaré und von dem englischen Botschafter die Zusicherung erhalten, daß die Verhandlungen von neuem aufgenommen würden, und die italienische Anregung, die mit einer Verlängerung des morgen ablaufenden Ultimatus bis zum 30. September verbunden war, dürfte darauf zurückzuführen sein. Es heißt, daß Mussolini den Wunsch nach einer persönlichen Begegnung mit Pajitch ausgesprochen hat, die in der Nähe von Fiume stattfinden soll.

Der Sieg der Militärdiktatur.

General Primo de Rivera hat die Bildung eines Militärdirektoriums übernommen, das einstweilen die Regierungsgeschäfte mit Hilfe von Beamten und, soweit sich solche dazu bereit finden, von Politikern führen soll. Das Parlament wird aufgelöst und es sollen keine Neuwahlen vorgenommen werden, „solange die augenblickliche politische Konstellation weiter besteht“. Ueber ganz Spanien ist der Belagerungszustand, über die liberale Presse ist die Zensur verhängt worden. Also die Militärdiktatur in Reinkultur.

Der König hat sich dem verfassungswidrigen Gewaltstreich vollständig gefügt. Der Ministerpräsident Garcia Prieto hatte ihm die Abberufung des Rebellenregiments und die Einberufung des Parlaments empfohlen. Als der König dies nun ablehnte, trat das Kabinett zurück. Der Außenminister Alba ist in Biarritz, also auf französischem Boden, eingetroffen.

Die Arbeiterorganisationen, um deren Gunst der neue Diktator von der ersten Stunde seines Handstreichs an offensichtlich geworben hat, verhalten sich kühl und ablehnend. Sie wollen die Bewegung sich toilaufen lassen.

Paris, 15. September. (M.B.) Nach einer Havasmeldung aus Madrid ist General Munoz Gago zum Präsidenten des neuen Militärdirektoriums ernannt worden. Er hat Wilson de Priego, den ehemaligen Generaldirektor der Madrider Polizei zum einstweiligen Minister des Innern ernannt. (Anscheinend behält sich Primo den Oberdiktatorposten vor. Red.)

Zum Tode Pfannkuchs.

Ein Beileidschreiben des Reichspräsidenten.

Beim Vorstande der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei ist das folgende Beileidschreiben des Reichspräsidenten eingetroffen:

Der Reichspräsident.

Berlin, den 15. September 1923.

Werte Freunde

Zu dem schweren Verluste, den Sie durch den Tod unseres verehrten und verdienten Genossen Pfannkuch erlitten haben, spreche ich mein aufrichtiges Mitgefühl aus. Mit Pfannkuch ist wieder einer der Helden aus dem Leben geschieden, welche die deutsche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus ihren ersten Anfängen in harter und nie verzagender Arbeit vieler Jahre zu ihrer heutigen Bedeutung und Macht heraufgeführt haben.

Wir war er ein durch langjährige gemeinsame Arbeit unzergehllicher Freund. Sein maßvoller Charakter, seine Treue und seine hohen Verdienste sichern ihm bei uns allen ein bleibendes und ehrenvolles Gedächtnis.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Ebert.

Sechsfache Eisenbahntarife.

Ab Dienstag, den 18. September.

Im Hinblick auf die weitere fortschreitende Selbsterhöhung, die sich insbesondere in der starken Steigerung der Kohlen- und Materialpreise und in der Erhöhung aller sonstigen der Reichsbahn zuzurechnenden Ausgaben ausdrückt, ist eine Heraushebung der Eisenbahntarife nicht zu umgehen. Vom 18. September ab beträgt die Schlüsselzahl für die Tarifrechnung im Eisenbahnpersonenverkehr 9 Millionen gegenüber 1,5 Millionen bisher, im Eisenbahngüterverkehr 18 Millionen gegenüber 4,5 Millionen bisher.

Wahlkampf in Deutschösterreich.

op Wien, 12. September.

Für den 21. Oktober hat die Regierung die Wahlen zum österreichischen Nationalrat ausgeschrieben und darauf hat die sozialdemokratische Mehrheit des Wiener Gemeinderats beschloffen, auch die Gemeindevertretung, deren Funktionsperiode erst im nächsten Jahre abläuft, aufzulösen und die Wahlen zugleich mit den Wahlen zum Nationalrat vorzunehmen.

Die Bedeutung des Wiener Gemeinderates ist nicht an reichsdeutschen Verhältnissen zu messen. Wien umfaßt nicht nur ein volles Drittel der ganzen Bevölkerung Oesterreichs, die ganze Industrie und das ganze Bankwesen Oesterreichs sind nicht nur in Wien zentralisiert, sondern Wien ist zugleich auch ein eigener Bundesstaat mit voller Autonomie eines solchen. Sein Bürgermeister, der zugleich Landeshauptmann ist, wird vom Gemeinderat gewählt und untersteht nur in den staatlichen Anweisungen — in denen des sogenannten übertragene Wirkungsbereiches — der Regierung, wobei der Konflikt um das Krematorium gezeigt hat, wie gering die Macht der Regierung gegenüber den Beschlüssen des Gemeinderates ist. Dazu kommt, daß die Wiener sozialdemokratische Gemeindeverwaltung es verstanden hat, auch während des Sturzes der Krone, der zu einem vollständigen Verfall der Staatsfinanzen führte, durch die energischsten Maßnahmen den Gemeindehaushalt aktiv zu erhalten und dabei noch durch große Kapitalanlagen sowohl der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun als auch der großen Wohnungsnot abzuhelfen. Alles das hat die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung im Einvernehmen nicht nur mit der Parteiorganisation, sondern auch mit den Gewerkschaftsorganisationen der städtischen Angestellten geleistet, wobei sie die Kosten für ihr Aufbauprogramm aus eigener Kraft und durch Steuern auf die Befizenden aufbrachte.

So konnte es die sozialdemokratische Gemeindevertretung von Wien wagen, den Gemeinderat vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Dadurch ist aber auch die Plattform für die Wahlen gegeben, und zwar für die Wahlen zum Nationalrat wie zum Gemeinderat. Denn die christlichsozial-großdeutsche Regierung geht in die Wahlen mit der Parole der Sanierung der Finanzen, die durch den Genfer Pakt eingeleitet wurde. Die Wähler werden also zu entscheiden haben zwischen der sozialdemokratischen Sanierung der Gemeinde Wien und der christlichsozialen Sanierung des Staates Oesterreich. Diese beiden Arten der Sanierung kennzeichnen auch die Programme der beiden Parteien. Während die sozialdemokratische Finanzverwaltung der Gemeinde Wien sorgfältig Rücksicht nahm auf die Bedürfnisse des Proletariats, indem sie die Kosten den Befizenden auferlegte, hat die christlichsoziale Verwaltung des Bundes die Sanierungsprogramm aufgebaut auf ängstliche Schonung der Befizenden: Sie hat die Verbrauchssteuern wahnwitzig erhöht und die von den Sozialdemokraten erzwungenen Steuern auf die Banken sabotiert, sie hat sich verpflichtet, hunderttausend Beamte abzubauen und Schulen und Humanitätsanstalten zu sperren.

Während Wien aus eigener Kraft seine Finanzen in Ordnung hielt und so schließlich dazu kam, zwei gewaltige Werke in Angriff zu nehmen — die Uebernahme und Elektrifizierung der vom Staate eingestellten Wiener Stadtbahn mit einem Aufwand von 170 Milliarden Kronen und den Bau von 25 000 Wohnungen mit einem Aufwand von 400 Milliarden jährlich durch fünf Jahre — hat die christlichsoziale Bundesregierung Oesterreich unter der Kontrolle des ausländischen Generalkommissärs gestellt, der sich als Beauftragter der Ententebanken fühlt und die Regierung dazu drängt, ihre Politik nach den Wünschen des ausländischen und des inländischen Kapitals einzurichten. Während Wien für zehntausende Arbeiter Arbeit schafft, hat die Bundesregierung durch ihre verfehlte Sanierung die Volkswirtschaft zerrüttet, Industrie und Gewerbe in die schwerste Krise gestürzt und damit zehntausende Arbeiter zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt.

Zwei Weltanschauungen drücken sich in diesen beiden Arten der Sanierung aus und die Regierung Seipel gibt dem auch offen Ausdruck, indem sie alle antiproletarischen Elemente zu einer Einheitsfront gegen die Arbeiterbewegung sammeln lacht. Mit aller Kraft hat sich der christlichsoziale Bundeskanzler bemüht, alle bürgerlichen Parteien zu einer Einheitsliste zu bewegen. Um dieser Einheitsliste auch gleich von vornherein die reaktionäre Marke aufzubringen, hat er die Christlichsozialen zu einem Wahlbündnis mit den Monarchisten veranlaßt, durch das diesen einige Mandate für den Nationalrat gesichert werden sollen. Dann hat er Verhandlungen mit den Großdeutschen und dem Bauernbund eingeleitet, um auch mit diesen zu einer Einheitsliste zu kommen. Die Großdeutschen waren zu jeder Vereinbarung bereit, die ihnen ihre wackelnden Mandate verbürgen sollte. Sie nahmen auch an der Verbrüderung mit den Monarchisten keinen Anstoß, aber als mitgeteilt wurde, daß in Kärnten und Steiermark die einheitsliche bürgerliche Kandidatenliste schon nahezu fertig sei und daß in Wien wenigstens für die Gemeinderatswahlen Christlichsoziale und Großdeutsche gemeinsam vorgehen werden, kam plötzlich der steirische Landbund — eine zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen immer hin- und herpendende Bauernorganisation — darauf, daß er den Christlichsozialen Mandate abnehmen könnte, und so haben sich in Steiermark die

Verhandlungen zerfallen. Es wird also statt der Einheitsliste nur eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zustandekommen.

Aber auch dieser Einheitsfront hat Seipel schon ihren Charakter ausgeprägt. Nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen die Errungenschaften der Revolution überhaupt soll der Kampf gehen. Um diesen Kurs ganz deutlich zu machen, hat Seipel zu derselben Zeit, da er sein Wahlbündnis mit den Monarchisten schloß, angekündigt, daß nach den Wahlen, das heißt also, wenn die Christlichsozialen siegen, mit dem Abbau des Mieterschutzes begonnen werden müsse. Nun wurde der Mieterschutz zwar schon während des Krieges geschaffen, aber in seiner heutigen Form ist er ein Ergebnis des Drucks, den die Sozialdemokraten auf das Parlament ausgeübt haben. In dem Mietengesetz, das im vorigen Jahre beschlossen wurde, wurde die Hausrentenrente ganz abgeschafft, indem festgesetzt wurde, daß die Mieter neben dem Friedenszins und einer fünfprozentigen Verzinsung des Friedenswertes in Papierkronen nur die Betriebs- und Instandhaltungskosten des Hauses zu zahlen haben, in der Praxis also etwa das Zweihundertfache der Friedensmiete, während die Hausrenten die Valorisierung, also das 14000fache der Friedensmiete, verlangen. Die Aufhebung des Mieterschutzes würde also bedeuten, daß die Miete sofort riesig in die Höhe schwellen würde, die Hausrenten also sofort in den Besitz ihrer Rente kämen und daß die Unkündbarkeit der Wohnungen aufhören, die Hausrenten also wieder zu unumschränkten Herren im Hause würden. Wenn der Führer der christlichsozialen Partei das den Wählern zu bieten wagt, so will er damit den reaktionären Kurs ganz deutlich machen und alle reaktionären Elemente zusammenschließen, um die Macht der Arbeiter niederzumerren.

In diesem Zeichen geht der Wahlkampf vor sich: Für die sozialdemokratische oder für die christlichsozialen Finanzpolitik? Für die Schonung der Arbeit oder für die Schonung des Kapitals? Für den Mieterschutz oder für die Hausrenten? Für die Republik oder für die Reaktion?

Die Korruption bei der Ruhrhilfe.

Erst allmählich sichern in der Presse die Einzelheiten der ungeheuerlichen Korruptionswirtschaft bei der Ruhrhilfe durch, gegen die sich vorgerufen auch Genosse Hilferding in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat gewandt hat. Das Zentrumblatt in Paderborn, das „Westfälische Volksblatt“, schreibt darüber:

Mit der Ruhrhilfe wurde umgegangen, als wenn das Deutsche Reich über ungeheure Einnahmequellen und unerschöpfliche Geldschätze verfügte. Wirtschaftlichen Krisen im Ruhrgebiet, die anfangs nicht daran dachten, Geldunterstützungen des Reiches in Anspruch zu nehmen, wurden die Beihilfen förmlich aufgedrängt, und daraus erwuchs nach kurzer Zeit ein heilloser Zustand: man hatte herausgefunden, daß es sich mit diesen Beihilfen großartig spekulieren ließ, und von dem Augenblick an begann ein streuendes Rennen nach der Ruhrhilfe (nicht der Ruhrspende, die aus freiwilligen Beiträgen aufgebracht und nach übereinstimmenden Berichten ordnungsmäßig verteilt worden ist). Es wurden bald nicht nur tatsächliche Schäden gemeldet, sondern auch vorgeschädigt. Das wickelte auf die Reichsfinanzen um so verheerender, als mit der Zeit auch die Summe der tatsächlichen Schäden erschreckend hoch wurde. Die Gewissenlosigkeit und Unmoral nahm so rapide überhand, daß schon wenige Monate nach dem Ruhrbruch die Kenntnis von den Kriffen und Bissen, die man anzuwenden hatte, um mühelos zu großen Geldsummen zu kommen, in die breitesten Volksschichten gedrungen war und nachgerade jeder für einen ausgemachten Esel galt, der es nicht verstand, seine Taschen zu füllen. Die einen taten es ohne Bewußtsein, den Staat in der schmutzigsten Weise zu betrügen, die anderen taten es mit Bewußtsein. Wenn einmal die Akten geöffnet werden über die Begründungen, die zur Erlangung von hohen Summen aus der Ruhrhilfe geltend gemacht wurden, dann wird viele anständige Menschen der Esel anfallen.

Es ist anzuerkennen, daß nun auch in der bürgerlichen Presse gegen die Korruption im Ruhrgebiet Front gemacht

wird. Es genügt aber nicht, daß man sich nun gegen die Schuldigen moralisch entrüstet. Gefordert muß werden, daß mit dieser üblen Erbschaft Eunos sofort Schluß gemacht und gegen die Schuldigen mit aller Strenge vorgegangen wird. Das nötige Aktenmaterial dürfte wohl in ausreichendem Maße vorhanden sein. Es kann also schon jetzt zugegriffen werden.

Moskauer Direktiven.

Moskau, 11. September. (D.) Die „Pravda“, das Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, bringt als Berliner Brief einen politischen Artikel, der die Lage der deutschen Regierung als hoffnungslos darstellt. In dem unvermeidlichen Zusammenbruch werde es die Aufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands sein, die „Verteidigung der Arbeiterklasse auf illegale Weise zu organisieren“. Die Erbitterung über die Regierungsmassnahmen dürfe die Bedenken einzelner deutscher Kommunisten gegen die „Illegalität“ beseitigen. Die KPD erhält einen scharfen Tadel wegen ihrer mangelhaften Vorbereitung und wegen der proletarischen Plünderungszüge auf das flache Land, von denen die KPD nicht scharf genug abgerückt sei und die den Bauern erbitterten und der Reaktion in die Arme treiben müßten. Die neue Revolution habe schon begonnen und die KPD habe nur diese „elementare Bewegung“ zu organisieren und Zersplitterung zu vermeiden.

Die politischen Gernegroße, die von Moskau aus die deutsche Revolution „organisieren“ wollen, werden sich in ihren Erwartungen ebenso enttäuscht sehen, wie bei allen ihren bisherigen Putschversuchen. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, sich ihre Taktik von einer Gesellschaft internationaler Revolutionspekulanten und Hochstapler vorschreiben zu lassen. Was sie zu tun hat, um aus der jetzigen Krise herauszukommen, bestimmt sie selbst, auf Grund eigener Erkenntnis, die sich frei hält von klassischer Nachahmung fremder Schablonen, die mit der deutschen Wirklichkeit nichts gemein haben.

„Mein Vaterland.“

„Fahnenlieder verdrossener Landsknechte.“

Der Wahnsinn des Krieges hat Europa in einen Trümmerhaufen verwandelt. Aus tausend Wunden blutet die Welt. Wer an seinem Bolke hängt, für seine Zukunft arbeitet, sucht den Weg zu friedlicher Arbeit zu bahnen. Die Völkischen sind anderer Meinung. Für sie gibt es nicht genug Geld. Sie können ohne „Krieg“ nicht leben und wäre es auch nur der Krieg gegen eigene Volksgenossen. In Berlin geben Völkische ein Blättchen heraus „Mein Vaterland“, das Fahnenlieder eines „verdrossenen Landsknechts“ bringt.

„Die Fahnen hängen an der Wand, man darf sie heut nicht zeigen, gleich schreit ein Judas übers Land — der Solan solls auch zeigen.“

Was soll das Korn gesegnet sein, wenn Schieber uns verkaufen? Was soll der Wein am deutschen Rhein, wenn ihn Franzosen kaufen?

Was soll ein Landsknecht, der zum Feld geschworen, heut auf Erden? Die Buben kommen auf die Welt, daß sie Soldaten werden. Zur Faust geschaffen wird die Hand zum Schlag mit starken Armen — Geschwind den Stufen von der Wand, Herrgott laß dich's erbarmen: und schick uns wieder Krieg ins Land!

Der Herrgott im Himmel wird mit gemischten Gefühlen auf keine getreuen verdrossenen Landsknechte herabschauen, die ohne Krieg nicht leben können. Wir werden nur gut tun, dem Herrgott seine christliche Abwehr gegen die sauberen Pläne verrückter Wurdgefallen zu erleichtern.

Sächsisch-bayerischer Konflikt.

München, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen Bayern und Sachsen droht ein neuer Konflikt auszubrechen. Die sächsische Regierung hat den bayerischen Landtagsabgeordneten Otto Graf, der bei der Einigung der Sozialdemokratie von der KPD zur SPD übergetreten ist, der sächsischen Gesandtschaft in München für Presseangelegenheiten attachiert, wie sie andererseits den Genossen Albert Winter, den Münchener Mitarbeiter Eisers, als Leiter der sächsischen Korrespondenz nach Dresden berufen hat. Die erste Tatsache wird in der hiesigen rechtsstehenden

Presse in tendenziöser Form veröffentlicht. Sie behauptet, daß der bisherige Geschäftsträger in München, ein Herr Dziembowski, binnen kurzem von seinem Posten abberufen und durch Otto Graf ersetzt würde. Das entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Da von der sächsischen Regierung nach keiner Seite hin in dieser Angelegenheit eine amtliche Meldung gemacht wurde, ist anzunehmen, daß der Dresdener Ministerialrat Schulze, den persönlich sehr innige Beziehungen mit dem bayerischen Kultusminister Ratt und dem Herrn von Fahr verbinden und der in seiner amtlichen Eigenschaft Kenntnis von der Einrichtung der sächsischen Korrespondenz erhalten hat, diese Dinge privat an die bayerische Regierung weitergegeben hat. Durch diese gelangte die Nachricht in die Öffentlichkeit zugleich mit der deutlichen Drohung gegen Sachsen, daß die bayerische Regierung dem Abgeordneten Graf niemals das Agieren als sächsischer Geschäftsträger erlauben würde. Die bayerische Regierung will aber noch viel weiter gehen. Sie wird, wie im bayerischen Ministerium des Innern versichert wird, jeden Verkehr mit der sächsischen Gesandtschaft in München einstellen, wenn der Abg. Graf in irgendeiner Form ein Amt innerhalb der Gesandtschaft ausübt. Möglich ist, daß bei einem vollständigen Bruch zwischen München und Dresden die Vermittlung der Reichsregierung in Anspruch genommen wird. Der jetzige sächsische Geschäftsträger Dziembowski ist bei der bayerischen Regierung sehr wohl gelitten. Seinem Verhalten schreibt man es zu, wenn bei den bisherigen Konflikten zwischen Bayern und Sachsen immer noch ein Bruch vermieden werden konnte.

Dresden, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachrichtenstelle der sächsischen Regierung bezieht die Mitteilungen, daß der bayerische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Graf der sächsischen Gesandtschaft als Mitarbeiter zugewiesen worden sei, als falsch.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt zu der Angelegenheit: Wenn auch das Beglaubigungsrecht der Regierungen sich im allgemeinen nur auf die Personen der diplomatischen Geschäftsträger beschränkt, so liegt doch ein so eigenartiger und neuartiger Fall vor, daß die bayerische Regierung nicht umhin können wird, Stellung zu solcher Ausgestaltung der sächsischen Gesandtschaft in München zu nehmen. Man kann sich den eigenartigen Schritt der sächsischen Regierung nur durch die Absicht erklären, die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zu der Regierung in Dresden immer mehr zu erschweren und schließlich völlig unmöglich zu machen.

Wertbeständige Gehaltskonten.

Nach dem Abbau der Vorauszahlungen.

Dem vom Reichsfinanzminister ausgearbeiteten Befehlentwurf über die Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtgehälter hat der Reichsrat bereits zugestimmt und ebenso der Haushaltsausschuß des Reichstages in seiner Mehrheit. Die Vorlage soll noch in diesem Monat Gesetzeskraft erlangen, da der Reichsfinanzminister beabsichtigt, vom 1. Oktober ab die Gehälter nur noch monatlich zur Vorauszahlung gelangen zu lassen. Inzwischen sind die zuständigen Stellen in Ermägung darüber eingetreten, auf welche Weise den Beamten Gelegenheit gegeben werden soll, ihr Gehalt wertbeständig anzulegen. Wie die „Eggenkorfkorrespondenz“ erfährt, denkt man im Reichsfinanzministerium daran, wertbeständige Gehaltskonten einzuführen, die mit der Goldanleihe in Verbindung gebracht werden sollen. Als Grundlage der zu errichtenden Konten sollen Festmarkbeiträge eingeführt werden, die in ihrer Höhe etwa den Zulagebeträgen entsprechen würden. Die Einzelheiten des Verfahrens, das zunächst versuchsweise eingeführt werden soll, stehen noch nicht fest. Uebrigens sind noch nicht gefaßt worden.

Stellende Höchstbeträge im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Um die selbsttätige Berücksichtigung der Geldwertänderungen bei den Geldgrenzen und den Höchstgebührengrenzen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes zu ermöglichen, hat der Reichsarbeitsminister die Verordnung zur Änderung von Geldbeträgen im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz und im Gesetz, betreffend Kaufmannsgerichte, vom 30. August 1923 erlassen. Danach ergeben sich die jeweils geltenden Geldbeträge in beiden Gesetzen durch Vereinfachung der Friedensgrundzahlen im Kaufmannsgerichtsgesetz mit der auf volle Zehntausend nach unten abgerundeten Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten der Vormoche.

„Der Bettelstudent.“

(Neu einstudiert im Großen Schauspielhaus.)

Diese Willkür-Operette ist 40 Jahre alt und lebt wie ein Bachfisch. Da diese holde und dauernde Jugend bei der leichtgeschürzten Muse immer entscheidend für ihren Wert ist (siehe Fieberman, Zigeunerbaron, Boccaccio, Opernball), so kann man auch dem Bettelstudenten die Palme der Musik nicht verwehren. Die Musik ist leicht und witzig und tänzerisch. Sie hat das Sprudeln der Einfälle und solche Schlager, an denen sich naive Großväter genau so loben können wie unblasierte Jünglinge und Mädchen. Obgleich Berlin weder Großväter noch unblasierte Menschen besitzt, hat das Große Schauspielhaus einen Erfolg errungen. Der zweite Akt entschied ihn. Hier konnte das Hochzeitsfest sich mit Volk und Tanz und viel Bewegung wenigstens in die Breite hin entfalten, sonst aber ist selbst ein Kammerpielhaus noch zu groß für dieses Miniaturspiel, und die Musik ist für die 30 Mann des Theaters an der Wien geschrieben, nicht als eine Symphonie der Hunderte gedacht. Doch wie gesagt, der Rußnackergouverneur des Stückes so treffend und oft: „Schwamm drüber“.

Dieser Rußnacker und Aufschneider hat die schöne Gräfin „nur auf die Schulter gefischt“ und dafür eine schallende Ohrfeige erhalten. Seine Nache ist, einen armen Studenten, der politische Dinge wegen im Gefängnis sitzt, zum Scheinfürsten zu machen und nach der Trauung den Betrag zu entlocken. Die stolze Gräfin heiratet einen armen Studenten, einen Verbrecher gar! Nun zur rechten Zeit stellt sich in den theaterrüchigen zwei Akten Geld und Liebe in Menge ein, und das Werkchen endet operettenhaft glücklich.

Bettelstudent aber ist Karl Oleving. Man kann mir glauben, daß er höchst schön aussah im leichten Wams und daß er seine eleganten Reifer ebenso wie die Irishen Gesänge herzerhebend herauslang. Selten war er so in kultivierter Gebelau wie gestern. Wenn er noch ein geringes Maß an Geziertheit ablegt, die ihn zu einem entfernten Bruder des verstorbenen Christians macht und dafür ein bißchen mehr Innentemperament entwickelt, so wird er ein ganzer Kerl sein, und seine Zukunft heißt nicht Staatsoper, sondern Operette. Seine Partnerin Cordy Milowitsch, so schön zum Schauen wie zum Hören, witziger und spritziger die Schwester Bronislawa (Erika v. Thellmann) und ihr Sekretär Henke (Franz Glawatsch) vor ganz Uebertreibung und Arena, dabei anscheinend am besten unterhaltend. Zarler und origineller der sächsische Entenich (Julius Brandt) und eine Sensation an sich der Tänzer Lensky, der in einem russischen Wirbel nach Borodinscher Musik zugleich von vorn und von hinten zu leben ist. Max Roth, längst der beste unserer Operettenregisanten, lenkte Orchester, Chor und Solisten mit großem Feingefühl bei den Lyrischen, mit Schmitz bei den Tänzen. So konnte man frühlich hinauswandern mit dem Hauptrefrain des Stückes „Mir ist manches schon passiert, aber so etwas noch nicht!“ S. S.

Schaffi Tageschulen!

Unsere Schulen sind bisher sicherlich keine mustergültigen Heimstätten für die ihnen anvertraute heranwachsende Jugend. Aber so unwohnlich, so kalt und freudlos sie noch vielfach von innen und von außen anmuten, sie können doch gerade für den Winter, der uns und vor allem der Jugend droht, ein Utzi bieten, wenn man sie den Schülern für den ganzen Tag offen hält.

Die Wohnungen der Kinder werden in den kommenden Monaten nur zu sehr zu leiden haben unter Mangel an Licht und Wärme, Haine und Plätze werden verödet und winterlich starr sein, wo bleibt da den Jungen und Mädchen ein Platz zur Arbeit, ein Raum zum Spiel, zur Unterhaltung und Belehrung unter Kameraden?

Da kann nur der schleunige Ausbau aller Schulanstalten zu Tageschulen helfen: Der Vormittag gehört dem (ein wenig verkürzten) Unterricht, die Schüler werden zum Essen entlassen und kehren schon zum frühen Nachmittag in die Schulräume zurück, in denen nun erst gearbeitet, dann aber unter völliger Freiheit gespielt, gelesen, Musik gemacht wird bis zum Abend. Es werden sich genug junge, begeisterte Lehrer finden, die hier Helfer (nicht Aufsichtsbearbeiter) sein wollen. Für die Kleinen werden sich ältere Schüler gern zur Verfügung stellen. Auch Geldstogen dürfen keine Rolle spielen, so arm wir auch sind. Viele Eltern, die ja zu Hause dafür Licht und Heizung sparen, werden sich willig an den Unkosten beteiligen.

Die Tageschule kann die Keimzelle für pädagogisches Schöpferium bilden und zu einer Pflanzstätte für Jugendkultur inmitten der Großstadt werden. Darum noch einmal: Schaffi Tageschulen! W. B.

Haifischfang mit der Angel.

Der Hai ist für uns das Symbol des gefährlichen Raubtieres, von dessen Furchtbarkeit in jeder Badefaison schauerliche Geschichten erzählt werden. Die Wissenschaft sieht aber die Dinge ganz anders an; sie kennt nicht nur einen Hai, sondern hunderte verschiedene Arten, darunter ganz kleine, nicht größer als eine Hand, aber auch gewaltige Riesen. Die großen Haiarten, die an der Oberfläche jagen und dem Menschen gefährlich werden, sind verschwindend gering gegenüber den anderen meistens unter Wasser lebenden Haiarten, die in allen Meeren und an allen Küsten leben. Viele der Haifische sind ganz harmlose Pflanzenfresser, andere wieder Räuber großer Sillies. Da manche Haiarten eine sehr leckere Speise bieten, werden sie im Süden vielfach gefangen, und dazu bedient man sich der Angel. Vom Haifischfang erzählt W. Braus näheres in einem Aufsatz der „Naturwissenschaften“.

Die Fischer verwenden als Köder Fische, am liebsten Fleisch vom Hai selbst, ein Beweis, daß dieses Tier keinesgleichen nicht verschmäht. Die Langleinen, die in allen Ländern dazu benutzt werden, bestehen aus horizontal über dem Meeresboden angebrachten Schnüren, an welchen in kurzen Abständen Angelköder mit Angelhaken befestigt sind. Es kommt nicht selten vor, daß sich ein Hai an einer gewöhnlichen Angel fängt, wenn der Köderfisch vorher von einem größeren Fisch, z. B. einer Dorchart, geschnappt wurde und

dann zufällig diesen Hai erhascht. Es liegen dann drei Fische ineinander: der Hai, der Dorsch und der Köderfisch. Beim Angeln der großen Haie benutzt man Angelhaken, die so groß sind wie die Haken, an denen die Fischer in ihren Auslagen große Fleischstücke aufzuhängen pflegen. „Ich habe mich immer gewundert“, berichtet Braus, „daß meine Fischer auf den Liparischen Inseln den großen, besonders schmachhaften Tiefseehai nie unausgeweidet ans Land brachten, wie es bei allen anderen Haiarten geschieht. Als wir gute Freunde geworden waren, erzählten sie mir den Grund. Sie hatten früher freis die Tiere am Lande ausgeweidet, aber da hatten sie einmal Knochen in dem Magen eines besonders großen Exemplars gefunden; der herbeieilende Warrer hatte erklärt, es seien Menschenknochen, und dieser Menschenfresser müsse mit seinem Inhalt in die Kirche, damit den Resten des Verstorbenen der Segen zuteil werde. So verschwand für die armen Leute ihre wertvolle Beute auf Nimmerwiedersehen, und sie entsetzten von da ab vorsichtig alle Spuren etwaiger Menschenfresserei. Ich habe nie im Magen dieser Riesen Menschenknochen gefunden, halte es auch für unmöglich, daß Tiefseehaie einen Menschen erhaschen können.“

Eine mustergültige Museumsreform. Das Provinzialmuseum in Hannover ist endlich aus langem Winterschlaf erwacht. Der in verschiedenen Museen verstreute Besitz der Stadt an neuerer Kunst wird in neuer Ordnung eindrucksvoll aufgestellt. Was der Museumsleiter Dr. Dörner, von dieser Ausstellung bisher zeigt, findet bei Professor Paul Schulz (in der Seemannschen „Kunstchronik“) rückhaltlos Beifall. In der Hauptsache werden vorerst die Bilder der Im- und Expressionisten gezeigt. Liebermann und Carinth sind recht gut vertreten. Velde, Thoma und Trübner, Schuch und Stauffer-Bern füllen einen zweiten Saal. Uebereinstimmend sind in allen Phasen, Weißgerbers treffliches Selbstporträt hebt sich bedeutend ab, die Wappenstein fehlen hier natürlich nicht, Roggenbein ist breit vertreten, auch von der Münchener Schule sind Proben vorhanden. Dem Geschmack des älteren Publikums kommt der Denbach und Kaufbach-Saal entgegen. Es fehlen noch die Bilder der Deutsch-römer, Feuerbach und Böcklin, deren Saal aber auch bald fertig sein wird. Von Expressionisten besah das Museum bisher nichts; Dörner hat durch Verkauft älterer Bilder, durch Spenden und Erbhgaben einen Saal zusammengebracht, der sich sehen lassen kann. Paula Modersohn und Emil Nolde haben an der Spitze, dann folgen Haeckel, Kozschka, Münch, Rohlf, Schmidt-Rottluff, Pechstein, Kirchner, Meißner, Marc und Rade. Nun soll es an die Neuaufstellung der alten Kunst gehen, die bisher im Zwielicht des ersten Stockes der sarrifischen Galerie lag. Hannover besitzt in der „Goldenen Tafel“ aus Lüneburg ein Werk ersten Ranges.

Grauführungen der Wache. Dienstag Deutsches Theater: Wagners „Tannhäuser“. Mittwoch: Wagners „Lohengrin“. Donnerstag: Die Zwillinge. Freitag: Wagners „Tristan und Isolde“. Samstag: Die Zwillinge. Sonntag: Wagners „Lohengrin“.

Die Ausstellung für Musik und Gesangsvereine (Vollständiger Katalog) in der Odeontheater des Parls Sanssouci bleibt nur noch kurze Zeit geöffnet.

Gewerkschaftsbewegung

Vierzig Jahre Metallarbeiter-Zeitung.

Im Jahre 1883, unter dem Regime des Sozialistengesetzes, üben die Münchener Metallarbeiter unter Karl Grillenberger und Hans Scherz den Entschluß, für die Metallarbeiterschaft ein eigenes Fachblatt zu gründen.

Bereits nach einem halben Jahre seines Erscheinens konnte das neue Fachblatt vom zweimaligen zum dreimaligen Erscheinen im Monat übergehen. Mit der Entwicklung vom Fachverband zur Industriearbeiterschaft wurde die „Metallarbeiter-Zeitung“ zum größten Arbeiterblatt der Welt.

In einer Zeit, in der die Gewerkschaftspresse aus finanziellen Gründen abzustumpfen scheint, ihren Umfang bis aufs äußerste verringern muß, wäre es nicht gerade müßig, ihre Entstehungsgeschichte aufzurollen. Zieht man die Opfer insgesamt in Betracht, die in den Kinderjahren der Gewerkschaften unter den widrigsten politischen Verhältnissen zur Schaffung und Erhaltung der Gewerkschaftspresse gebracht werden mußten, gebracht worden sind, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob heute alles geschieht, um unsere Gewerkschaftspresse aufrechtzuerhalten. Sollten wir den Wert unserer Gewerkschaftszeitungen erst dann wieder zu schätzen wissen, wenn wir sie nicht mehr haben? Die Mahnung, die in der Jubiläumsummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ an die Gewerkschaftsmitglieder gerichtet wird, ist jedenfalls beachtenswert:

„Stärkt eure Organisation durch fleißige Mitarbeit und pünktliche Zahlung der Beiträge, damit die Organisation zu ihrem Teil an der Erhaltung des geistigen Nachmittels, der Presse, unserer Zeitung beitragen kann.“

„Deutscher Verkehrsband“.

Der Deutsche Verkehrsband gab bisher neben dem Zentralorgan „Courier“ noch sieben Landesorgane heraus. Die Sorge um den Bestand des Kampfbandes zwang diese Gewerkschaft, die Landesorgane bis auf ein mehr sachdienliches Monatsblatt für Lust- und Kraftfahrer, das aber von den Beziehern auf eigene Kosten abonniert werden muß, aufzugeben und an Stelle des alten, im 27. Jahrgang erscheinenden Zentralorgans das Einheitsorgan „Deutscher Verkehrsband“ herauszugeben. Die erste Nummer des neuen Organs widmet dem ersten und letzten lebenden Redakteur des „Couriers“, dem verstorbenen Genossen Dreher, warme Worte des Bedenkens und bringt eine den neuen Einkommensverhältnissen entsprechende Beitragsfestsetzung. In einem Artikel „Trotz alledem“ werden die Ursachen der Zeitungseinschränkung erklärt und gegen die Mitglieder, die nicht mindestens einen vollen Bruttostundenverdienst als Wochenbeitrag pünktlich entrichten, der bittere, aber berechtigte Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre Beitragskauerei und Unpünktlichkeit dem Kapital Vorstoß leisten. Zum Schluß wird der unerschütterliche Willen zum Sieg und zum Leben Ausdruck gegeben. Der „Deutsche Verkehrsband“ erscheint vorläufig monatlich einmal.

Amilinfabrik Treptow.

Man schreibt uns: Die „Rote Fahne“ besaßte sich am 21. August und am 13. September unter der Ueberschrift „Sozialdemokratische Streikbrecher“ und „Sie fürchten die Abrechnung“ mit den Vorgängen in der Amilinfabrik Treptow. Ihre Darstellung, die die Dinge in der bei ihr üblichen Art und Weise auf den Kopf stellt, kann nicht unwidersprochen bleiben.

Unter der Führung der kommunistischen Strategen Gabel, Schulz und Wösk wurde am 11. August der Generallstreik proklamiert. Am Montag, den 13. August, fand dann morgens die erste Streikerversammlung statt. Die kommunistische Streikleitung suchte neben den üblichen Angriffen auf die Gewerkschaften und unsere Partei unter Verwendung aller möglichen Lügennachrichten den Eindruck zu erwecken, als ob Berlin und ganz Deutschland geschlossen im Generallstreik stände. Die Redner unserer Partei, welche auf die tatsächlichen Verhältnisse hinwiesen, den Kommunisten scharf entgegenzutreten und eine geheime Abstimmung über die Fortsetzung oder Beendigung des Streiks verlangten, um die wahre Meinung der Belegschaft des Betriebes festzustellen, wurden niedergebrellt und mit schmutzigen, hier nicht wiederzugebenden Schimpfwörtern traktiert. Unter diesen Umständen fand sich dann allerdings auch eine Mehrheit für den Streik (durch Handaufheben).

Nun kam als Antwort der Direktion des Werkes die fristlose Entlassung der gesamten Belegschaft. Eine Verhandlung mit der Streikleitung lehnte die Direktion ab und nun waren die als „Verräter“ usw. beschimpften Gewerkschaftsführer gut genug, den in den Dreck gefahrenen Karren wieder herauszuziehen. Dem Genossen Reimann als Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes — der leitenden Organisation im Chemiewerk — gelang es dann, die von der Direktion beabsichtigte Maßregelung von 350 Kollegen wenigstens auf die Zahl von 80—100 Kollegen zu beschränken. Nachdem, was vorausgegangen, war an eine bessere Erledigung der Angelegenheit nicht zu denken. Statt nun endlich zur Erleichterung zu kommen und den aussichtslosen Kampf abzubrechen, brachte es die famose kommunistische Streikleitung fertig, nach sechsstägiger Streikdauer bzw. Aussperrung wiederum eine geheime Abstimmung zu hinterziehen und den Abbruch des Kampfes zu verhindern. Unseren Genossen wurde durch Gebrell und ungeheuren Spektakel das Sprechen unmöglich gemacht. (Zwei unserer Genossen wurden in einer Betriebsversammlung tätlich angegriffen und mißhandelt.) — Die Langmut und Geduld unserer Genossen war nun zu Ende.

Um einen vollständigen Zusammenbruch zu verhindern — Hunderte von Arbeitswilligen hatten sich schon vorher zur Arbeitsaufnahme gemeldet — beschloß man in einer Sitzung der SPD-Fraktion und der mit uns Sympathisierenden, entsprechend der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung, die Arbeit am Mittwoch, den 22. August, nicht wie die „Rote Fahne“ fälschlich schreibt, am Dienstag, den 21. August — aufzunehmen, um noch größere Nachteile und schlimmeres Elend zu verhüten. — So steht unser „Streikbruch“ aus und so endigte nach achtstägiger Dauer der von verantwortungslosen Leuten unter völliger Mißachtung aller gewerkschaftlichen Regeln in Szene gesetzte Kampf!

So oder so ähnlich wird es sich auch in vielen anderen Betrieben abspielen können. Für die Opfer und Nachteile, die dieser Streik mit sich gebracht hat — 100 Ausgesperrte, Verlust von 70 Lohnstunden, Austritte vieler Kollegen aus den Gewerkschaften —, muß man nun natürlich mit gewohnter Frechheit wieder die Gewerkschaften und unsere Genossen von der SPD verantwortlich zu machen; ihnen sucht man die Schuld zuzuschreiben.

Für unsere Genossen in den Betrieben, die durch ihre Inaktivität und übergroße Duldung den Kommunisten gegenüber nicht ganz unschuld an allen diesen Vorkommnissen sind, erweist es sich als notwendig, endlich aus der Reserve herauszugehen und den kommunistischen Machenschaften in Zukunft energisch und zielbewußt entgegenzutreten. Die „Abrechnung“ haben wir nicht zu fürchten; den Zeitpunkt der Abrechnung bestimmen wir; das mögen sich die „Streikfuge“ der „Rote Fahne“ gesagt sein lassen. — Für unsere Genossen und Anhänger in der Amilinfabrik Treptow ergibt sich nun aber im besonderen die Pflicht, bei der am 17. und 18. September erfolgenden Arbeiterratswahl für die Wahl unserer Kandidaten, für die Liste II, Thoms — Blücher, einzutreten und rege Propaganda zu machen.

Zur Lage im Bankgewerbe.

Im Tarifstreit im Bankgewerbe war das Reichsarbeitsministerium gestern unausgesprochen bemüht, einen Ausgleich zu schaffen. In Leipzig ist es zu einer Einigung gekommen. Dagegen ist die Stimmung im Südwesten des Reiches, besonders Frankfurt, Mannheim, Pforzheim recht erregt, und es liegen bereits Beschlüsse über eine Arbeitsniederlegung vor. Die Bankangestelltenorganisationen sind diesen Streikabsichten aus Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Lage energisch entgegengetreten. Vor Abschluß der in Berlin geführten zentralen Verhandlungen dürften örtliche Streiks nicht unternommen werden.

Die Hauptschwierigkeit in der Verständigung zwischen den Bankleitungen und den Angestellten liegt in der Forderung nach wertbeständiger Entlohnung. Der Reichsverband der Bankleitungen hat erklärt, daß er Auszahlungen in Festmark erst dann einführen wolle, wenn von der Regierung die hierfür vorbereiteten Maßnahmen vorläufiglich seien und Geltung erlangt hätten. Der Vertreter des Ministers empfahl den Angestelltenorganisationen bei den gestrigen Verhandlungen, ihre Forderungen zu ermäßigen. Es waren für einen wöchentlichen Angestellten wöchentlich 20 Festmark verlangt, die jetzt einem Betrage von fast 400 Papiermillionen entsprechen würden. Für die oberen Gehaltsklassen wurde bis zu 65 Goldmark verlangt, was einem Wochenlohn von über anderthalb Milliarden Papiermark entsprechen würde. Derartige Gehälter würden zu einer Revolution im Tarifwesen führen und alle von der Regierung angestrebten Maßnahmen gäbe über den Haufen werfen. Man einigte sich zum Schluß dahin, daß heute eine erneute Besprechung zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenverbänden stattfinden soll, in der der Reichsverband neue Vorschläge unterbreiten wird. Man erwartet allerdings, daß es noch heute zu einer Verständigung kommen und daß die drohende Erschütterung im Bankwesen vermieden werden wird.

Gescheiterte Verhandlungen im Einzelhandel.

Die uns vom J. d. A. mitgeteilt wird, sind die über die Festsetzung des Septembergehalts auf wertbeständiger Grundlage gescheitert. Die Fortsetzung der Verhandlungen erfolgt am Montag. Inzwischen hat die Einzelhandelsgemeinschaft ohne Zustimmung des J. d. A. verfügt, daß unverzüglich, spätestens am Montag, ein 30saches Zulagegeld zur Auszahlung gelangt. Das macht für den höchsten Gehalteten Angestellten der Gruppe 1 = 125 000 000 M., der Gruppe 2 = 100 000 000 M., der Gruppe 3 = 100 000 000 M., der Gruppe 4 = 231 000 000 M. Ueber das Ergebnis der Montagverhandlungen wird schnellstens Bericht gegeben werden.

Holzarbeiter! Wegen der schwebenden Lohnunterschieden in der Holzindustrie findet vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am Montag nachmittag eine Verhandlung statt. Das Resultat wird sofort an dieser Stelle bekanntgegeben.

Der Streik im Leipziger Bankgewerbe, der sich im Geschäftsleben schon sehr fühlbar macht, ist beendet. Nach mehrstündigen Verhandlungen in der Kreishauptmannschaft ist eine Verständigung erzielt worden. Die Leipziger Banken haben sich bereit erklärt, über dieses Abkommen hinausgehend die Berechnung der bisher zur Auszahlung gebrachten Vorschüsse erst nach Festsetzung des endgültigen Septembergehalts vorzunehmen. Die Bankangestellten haben daraufhin die Arbeit gestern nachmittag wieder aufgenommen.

Bankangestelltenband. Nachgruppe Gieses. Für die Zeit vom 7. bis 13. September beträgt der Lohn für Gieses 3 232 000 M. pro Stunde. Nachgruppe: Für die Zeit Spätkolon 2 600 000 M. 87. Wochenbeitrag für beide Gruppen 2 000 000 M. Montag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Mitgliederbucher sind vorzulegen.

Angestelltenabteilung. Die 23. S. S. erhöhen sich für die Zeit vom 6. bis 12. September um 173,7 Proz. Eine Sitzung der Vertrauenspersonen findet nicht statt. — Der Anteillohn.

Der Arbeitsnachweis des Zimmerers Groß-Berlin befindet sich Hermannstraße 13 part., Telefon Norden 110 40. Gedruckt von 8—34 Uhr. Während dieser Zeit werden auch Begehungen nach Arbeitsstellen entgegengenommen; nach 34 Uhr werden Begehungen Richtung 2789 angenommen. (Bitte auskundschaften!)

Wirtschaft

Genügt die Devisenkontrolle?

Für die bessere Kontrolle der Devisengeschäfte ist es sehr zweckmäßig, daß der Reichskommissar für Devisenerlassung die Zahl der Devisenbanken erheblich verkleinert hat. Die Berechtigung des zukünftigen Devisenerwerbs wird dadurch leichter zu kontrollieren sein. Wie steht es aber mit dem „Erwerb“ von Devisen aus Geschäften der Vergangenheit. Ganze Industrien sind doch aus der Markt herausgegangen, und zwar nicht nur auf dem Wege des Umrechnungsverkehrs, sondern auf dem der Zahlung in Devisen. Darunter sind Industrien, für die eine Verarbeitung ausländischer Rohstoffe nicht in Frage kommt. Das war zwar verboten, aber die Industrie als die Bestherin der Ware war gegenüber dem Warenabnehmer, der auf schnellen Erfolg seiner verkauften Ware Bedacht nehmen mußte, in einer so starken Position, daß sie auch gegenwärtige Zahlungsbedingungen stellen konnte. Wer sie nicht erfüllte, bekam keine Ware. In der ganzen Textilindustrie käme nur die Abteilung Garnerzeugung, und höchstens einige kleine Branchen, die ausländische Garne verarbeiten, für den Verkauf von Ware gegen Devisen in Betracht; und zwar auch nur in dem Umfang, der zur Abdeckung des Rohstoffpreises nötig ist, sofern der Rohstoff aus dem Ausland bezogen wurde. Tatsache ist aber, daß in der Textilindustrie fast nur gegen Zahlung in Devisen verkauft worden ist. Sogar die Verpackungspapier werden in Devisen bezahlt verlangt. Die Garnarbeiter haben kein Recht; gehobelt, Bezahlung in Devisen zu fordern, sofern sie Garne inländischer Erzeugung verarbeiten; sie hatten gegen Papiermarkt zu verkaufen und sich auf dem gesetzlich zulässigen Wege Devisen zum Garneinkauf zu beschaffen.

Die Lage ist jetzt so, daß nach dem Absturz der Mark in den letzten drei Wochen nahezu alle Abnehmer von Waren, die noch Zahlungsverpflichtungen in Devisen haben, bankrott sind. In wenigen Tagen ist der Dollar von 5 Millionen auf über 100 Millionen hinaufgesprungen. Keinem Warenabnehmer mit Devisenverpflichtung ist es möglich geworden, sich die erforderlichen Zahlungsmittel in fremder Währung zu beschaffen. Denn diese Zahlungsmittel sind erstens einmütig größtenteils nur auf Schleichwegen zu erlangen gewesen, was jetzt schwieriger geworden ist. Zweitens aber hat außer der Reichsbank fast niemand verkauft. Und wenn in den letzten Tagen eine so stürmische Nachfrage auf dem Devisenmarkt gewesen ist, so ist sie zum großen Teil mit veranlaßt worden durch Warenabnehmer mit Devisenverpflichtungen, die die Möglichkeit schwinden sahen, den Kralien des Pleitegeiers zu entgehen.

Hier müßte nun die Devisenkontrolle einsetzen. Es müßte erneuert klargestellt werden, in welchen Fällen Zahlung in Devisen berechtigt ist; es herrscht darüber insolge widersprechender Verordnungen des früheren Wirtschaftsministers Dr. Becker große Unklarheit. Sodann müßte man hier in Berlin eine besondere Kontrollstelle schaffen, von der die Streikfälle zu prüfen wäre, ob Berechtigung zum Warenverkauf gegen Devisen vorliegen hat oder nicht. In der entsprechenden Verordnung müßte gleich gesagt werden, daß die Streiksumme zum Nachteil für den Verkäufer dem Reiche für verfallen erklärt wird, wenn durch die Nachprüfung festgestellt werden sollte, daß eine geschwindige Handlung vorliegt, unbeschadet natürlich der Bestrafung, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen hätte. Eine solche Verordnung würde bewirken, daß die meisten Verkäufer nachträglich die Papiermarktzahlung zu angemessenem Kurs annehmen würden. Eine Quelle großer Nachfragen nach Devisen wäre sofort verstopft; denn jeder Warenabnehmer würde selbstlos sein, wenn er durch ein solches Diktat von der Devisenlast befreit wäre.

Man macht sich wahrscheinlich in weiten Volksteilen gar keine rechte Vorstellung von dem großen Umfang der Geschäftsabschlüsse, die geschwindig zustande gekommen sind. Es kommt da nicht nur die Textilindustrie in Frage, sondern auch viele andere Wirtschaftszweige. Der einzelne Warenabnehmer, dem die Kontrolle der Zahlung ganz oder teilweise in Devisen diffidiert, kann nicht nachprüfen, ob bei Zahlung in Mark und in Devisen der Devisenanteil richtig bemessen worden ist. In den meisten Fällen wird stark gemogelt worden sein, um Devisenreserven zu hamstern. Hier kann nur eine solche Devisenkontrolle erfolgreiche Feststellungen machen. Daher sollte man sie so schnell wie möglich schaffen, um nicht nur weiteren Durchstechereien entgegenzuwirken, sondern um auch Durchstechereien in der Vergangenheit zur Rechenschaft zu ziehen, und den starken Bedarf an Devisen zu unterbinden.

Kommt eine solche Verordnung heraus, so werden ja sofort die Warenabnehmer mit den Lieferanten in Verbindung treten, um die Regulierung in Papiermarkt zu ermöglichen. In den meisten Fällen wird das Erscheinen der Verordnung genügen, um die Zahlung in Devisen zu befeitigen. Der erwünschte Zweck ist damit erreicht. Und in den Fällen, wo man nicht einig wird, hat die Kontrollstelle einzugreifen.

H. Krüger.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Montag, den 17. September, abends 6 Uhr, wichtige Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3. Die Kreisvertreter müssen anwesend sein. Bezirkssekretariat.

3. Kreis, Wedding. Die für heute abend angelegte Fraktionslösung kann umhändelbar nicht stattfinden, sondern Samstagabend, den 22. September, 7 Uhr, an der bekannten Stelle.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Ernst Salomon; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neufröhen: R. S. Köhler; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerschke; Anzeigen: Th. Gluck; Umkleid in Berlin. Berlog: Hermann-Berlog G.m.b.H. Berlin. Druck: Hermann-Berlog-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Bei Einkauf Fahrvergütung!

Im letzten Moment soweit Vorrat Preise steigen, nicht warten!

Billig! Billig! Billig!

Anzüge / Hosen Gummi - Mäntel Winter-Paletots

in reicher Auswahl weit unter heutigem Herstellungspreis. Käuferleichterung durch Anzahlung!

Hugo Simon

Größtes Spezialhaus für Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133

Wilmersdorfer Straße an der Bismarckstraße

Weltester Weg führend, da Fahrvergütung!

Volkskleidung Kosen

Gummimäntel Sport-Anzüge Manchester u. Loden Hemden, Socken Unterhosen Berufskleidung Gute Ware! Billigste Preise! Gerh. Köhnen Neukölln Hermannstr. 76/77.

Bettwäsche Wäschestoffe

Handtücher, Hemdentuche, Damast, Dimitt, Lino, Züchen, Inletts, Bettdecken usw. zu konkurrenzlos billigsten Preisen Wäschefabr. S. Eibner Neukölln, Bernhartrstr. 31 (an d. Hermannstr.)

Hosen

Große Auswahl in **Englisch Lederhosen Arbeitshosen Streihosen Feldgraue Hosen Eleg. Umschlagnosen Stoff-Breeches Manchester-Breeches Maßersatz-Hosen**

München-Gladbacher **Hosen-Zentrale** **Schöneberg, Goltzstr. 7**

Achten Sie genau auf Goltzstraße und Hausnummer

Fahrgeldvergütung

Vorwärts-Inserate verbürgen Erfolg!

Nicht kaufen bei uns, bevor Sie sich nicht in anderen Geschäften über die Preise in

Bettwäsche

erlaubt haben, damit Sie sich zu unserer Preiswürdigkeit überzeugen können. Wie führen nur erstklassige Qualitäten: Bettbezüge, Laken, Handtücher, Tischtücher, Kissen, Decken, Unterwäsche, Vorhänge, Damaste, Inlette, Wäschtücher, Feinwolltücher usw. Reelle, sachdienliche und zuverlässige Bedienung.

Kühl & Kupferberg, Bettwäschefabrik Invalldenstr. 6, Ecke Bergstraße (Rübe Steintiner Bahnhofs) Bitte genau auf Hausnummer achten.

86 Gartenstr. 86 Zahngebisse

Gold-, Silber-Bruch, Platin kauft zu höchstem Tageskurs

Paul Schneider, Juwelier **86 Gartenstr. 86** Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

E. BERNSTEIN

Der Sozialismus einst und jetzt

Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel: „Der Widensozialismus“ und „Das Bleibende im Marxismus“

Grundzahl brosch. 2.50, geb. 4.— x e 418/12/13/14/15

Buchhandlung Vorwärts

SW 68, Lindenstraße 2